

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 6. April 1950

Nummer 15

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Industrielle Investition und Beseitigung der Arbeitslosigkeit

Es herrscht heute in weitem Umfang Einigkeit darüber, daß die Arbeitslosigkeit Westdeutschlands zu einem erheblichen Teil kein Konjunkturphänomen, sondern Ergebnis der durch den Krieg und seine Folgen verursachten strukturellen Verwerfungen und Verzerrungen der wirtschaftlichen Proportionen ist. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit bedeutet, daß in einem gegebenen Zeitpunkt für die zur Untätigkeit gezwungenen Arbeitskräfte im Ganzen gesehen Arbeitsplätze zwar vorhanden sind, daß aber — aus welchen Gründen auch immer — die kaufkräftige Nachfrage nicht genügt, um die Arbeitslosen trotz vorhandener Kapazitäten zum Einsatz zu bringen. Nicht konjunkturelle Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die vorhandenen Arbeitsplätze nicht ausreichen, um alle verfügbaren Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern. In diesem Falle übersteigt das Arbeitspotential das ihm komplementäre Produktionspotential. Als erste Voraussetzung für die Beseitigung einer solchen Arbeitslosigkeit muß also zusätzliches Sachkapital in Form von Gebäuden und Betriebseinrichtungen bereitgestellt werden. Damit aber wird das Problem der Eingliederung strukturell Arbeitsloser gleichzeitig zu einem langfristigen Investitionsproblem, dessen sachlich-instrumentale Seite im folgenden näher beleuchtet wird. Die Darlegungen beschränken sich dabei auf die Industrie zumal sie den Hauptteil der Arbeitslosen aufzunehmen haben wird und sich hier die Problematik am deutlichsten zeigt.

In der Industrie wird das Beschäftigungsvolumen, das zu einem gegebenen Zeitpunkt bestenfalls absorbiert werden kann, in verhältnismäßig engen Grenzen durch die Kapazität des vorhandenen Produktionsapparates bestimmt¹⁾. Die Starrheit dieser Abhängigkeit wächst mit zunehmender Kapitalintensität. Gleichzeitig erfordert jede Ausdehnung der Beschäftigung über die genannten Grenzen hinaus einen um so größeren Investitionsaufwand, je größer die Kapitalintensität ist.

Die gegenwärtige Diskrepanz zwischen dem industriellen Arbeitspotential Westdeutschlands, insbesondere der Zahl der für industrielle Tätigkeit vorgebildeten Personen, und seiner Produktionskapazität, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze, ist in erster Linie eine Hinterlassenschaft des Krieges und seiner politischen und wirtschaftlichen Folgen. Von der Seite des Arbeitspotentials her hängt sie vor allem mit dem Zustrom von neun Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen zusammen. Diese Aufblähung des westdeutschen Arbeitspotentials wird zwar teilweise kompensiert durch den Ausfall von Arbeitskräften infolge der Kriegshandlungen (Gefallene und Schwerbeschädigte) und die Veränderungen des

Altersaufbaus, die zu einem Übergewicht der älteren, oft minder leistungsfähigen Jahrgänge geführt haben¹⁾.

Dem zahlenmäßig erhöhten, qualitativ aber jedenfalls vorläufig noch stark beeinträchtigten Arbeitspotential steht ein in seiner Leistungsfähigkeit ebenfalls stark herabgesetztes und teilweise auch in seiner Größe gegenüber der Vorkriegszeit vermindertes, vor allem aber in seinem strukturellen Gefüge nicht unerheblich verändertes Produktionspotential gegenüber. Der industrielle Produktionsapparat Westdeutschlands hat zwar gegenüber dem der sowjetischen Besatzungszone und Berlins erheblich weniger unter dem Krieg und seinen Folgen gelitten. Trotzdem sind auch hier in einzelnen Fertigungsbereichen erhebliche Kapazitätseinbußen zu verzeichnen, die vor allem die vormals relativ ausgewogenen Proportionen zwischen den einzelnen Erzeugungsstufen beeinträchtigt haben. Gesteigert werden diese Disproportionalitäten weiterhin dadurch, daß zwar einzelne Industrien, die mittelbar oder unmittelbar im Dienste der Kriegsproduktion standen, ihre Kapazitäten seit 1936 erheblich ausdehnen und ihren Produktionsapparat auf der Höhe der technischen Leistungsfähigkeit halten konnten, während weniger begünstigte Industrien kaum in der Lage waren, die notwendigsten

¹⁾ Durch zusätzliche Schichten, erhöhte Beanspruchung usw., läßt sich zwar der Ausnutzungsgrad und damit das Beschäftigungsvolumen erhöhen, jedoch nach Überschreitung des Optimumbereichs nur zu rasch ansteigenden progressiven Kosten.

¹⁾ Auch der Altersaufbau der Ostvertriebenen weist eine ähnliche Struktur auf, da ein relativ hoher Prozentsatz gerade der leistungsfähigsten Arbeitskräfte im Osten zurückgehalten wurde.

Ersatzinvestitionen vorzunehmen. Noch schwerer wiegt die Zerreißung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Mitteldeutschland, das nicht nur ein wichtiger Abnehmer westdeutscher Grundstoffe und Produktionsmittel war, sondern dessen Ausfall als Zulieferer sich nicht minder störend bemerkbar macht.

Künftige Investitionen

Die künftigen Investitionsaufgaben für die westdeutsche Industrie gliedern sich in drei Gruppen:

1. Die Wiederherstellung der Vorkriegseffizienz in den noch bestehenden Produktionsstätten durch eine systematische Regeneration der überalterten und erneuerungsreifen Produktionsanlagen. Der hierbei in der Regel ausgelöste Rationalisierungsprozeß — bei dem auch der in der Aufrüstungs- und Kriegsperiode zu verzeichnende und in einzelnen Erzeugungsbereichen nicht unerhebliche technische Fortschritt aufzuholen ist — muß aber zwangsläufig in weiten Bereichen der Industrie zu einer weiteren Freisetzung von Arbeitskräften führen, ein Prozeß, der bereits seit einiger Zeit im Gange ist.
2. Die Wiederherstellung des früheren „strukturellen Gleichgewichts“ zwischen den einzelnen Produktionsbereichen durch Wiederaufbau kriegszerstörter bzw. demontierter Kapazitäten. Hierzu ist auch die Neuerrichtung von Anlagen zum Ausgleich der durch die Zonentrennung verursachten Engpässe zu rechnen, wobei mit Rücksicht auf die spätere Wiedervereinigung Deutschlands besonders behutsam verfahren werden muß.
3. Die Vornahme weiterer Investitionen durch Errichtung neuer Anlagen sowie Erweiterung und Ausbau bereits vorhandener.

In welchem Tempo sich jedoch die Eingliederung der gegenwärtig aus Mangel an Arbeitsplätzen Arbeitslosen und der durch Rationalisierung künftig freigesetzten Arbeitskräfte — zu denen noch die neu ins Berufsleben Tretenden sowie die noch zu erwartenden Heimkehrer kommen — in dem industriellen Produktionsprozeß vollziehen kann, ist nicht nur eine Frage des gesamten zu bewältigenden Investitionsvolumens. Es kommt dabei auch auf den zeitlichen Ablauf der Investitionen und auf die Wahl der Objekte im einzelnen an. Die Kapitalausrüstung, die für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes erforderlich ist, differiert von Industriezweig zu Industriezweig. Während beispielsweise in den arbeitsintensiven Zweigen der Säge- und der Holzverarbeitenden Industrie, der Industrie der Steine und Erden u. ä. die Kapitalausstattung je Beschäftigten 4—5000 RM betrug, stellte sie sich in einzelnen Zweigen der chemischen Industrie auf das Vier- bis Fünffache. Dabei besteht die Tendenz einer Kapitalintensivierung der Industrien.

Die funktionellen Beziehungen

Das künftige industrielle Arbeitspotential ist von der Seite der Bevölkerungsstruktur her bestimmt (durch Größe der Gesamtbevölkerung, Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung) und durch das Verhältnis zwischen industriell und Gesamtbeschäftigten. Es ist anzunehmen, daß sich der zur Zeit geringere Anteil der Erwerbspersonen den Vorkriegsverhältnissen wieder annähern wird, da die veränderte Alterszusammensetzung, die diese Relation erheblich herabzusetzen tendiert, durch den Zwang zur Erwerbsarbeit vor allem bei den vermögenslosen

Ostvertriebenen teilweise ausgleichen wird. Auch der durch die Bevölkerungsbewegung bedingte Neuzugang an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren verhältnismäßig hoch sein, da die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre nach 1935 im kommenden Jahrfünft aus der Schule entlassen werden. Ob sich das Vorkriegsverhältnis: Industriebeschäftigte zur Gesamtzahl der Beschäftigten wieder herstellen wird, ob es darüber oder darunter liegen wird, hängt von einer Reihe schwer abzuschätzender Faktoren ab; für die Aufnahmefähigkeit der Industrie wird nicht zuletzt die Entwicklung der Ergiebigkeit der industriellen Arbeit von Bedeutung sein.

Die Zahl der in den Wirtschaftsprozeß einzugliedernden Arbeitskräfte ergibt sich aus der Differenz zwischen dem künftigen Arbeitspotential und den heute in Arbeit stehenden, zuzüglich der künftig durch Nachhol- und Verbesserungsinvestitionen freigesetzten Arbeitskräfte. Von dieser Restgröße wird ein gewisser Teil in den heute bereits vorhandenen Produktionsapparat eingegliedert werden können. Man wird diesen Teil als die derzeitige konjunkturelle Arbeitslosigkeit¹⁾ ansprechen können. Er muß deshalb ebenso wie ein gewisser Prozentsatz für die auch nach Erreichung der Vollbeschäftigung verbleibende fluktuierende Arbeitslosigkeit von der Gesamtzahl der Einzugliedernden abgezogen werden, wenn man eine Größenvorstellung über die neuzuschaffenden industriellen Arbeitsplätze gewinnen will.

Legt man die, eine rationelle Ausnutzung auf längere Sicht gewährleistende wirtschaftliche, also Optimalkapazität zugrunde, so kann man den heutigen Ausnutzungsgrad des industriellen Produktionsapparates höchstens auf etwa 90 vH veranschlagen. Damit würden rd. 75 vH der technischen bzw. Maximalkapazität ausgenutzt, wobei unterstellt wird, daß nur in denjenigen Betriebszweigen mit mehr als einer Schicht gearbeitet wird, wo — wie z. B. beim Hochofen — die Natur des Produktionsprozesses dies verlangt.

Für das Ausmaß der durch Rationalisierung bedingten Freisetzung heute beschäftigter Arbeitskräfte wird in erster Linie die künftige Arbeitsproduktivität maßgebend sein. Angesichts des seit der Vorkriegszeit zu verzeichnenden technischen Fortschritts auf vielen Erzeugungsebenen sind noch erhebliche Rationalisierungsrückstände vorhanden, deren Aufholung nicht nur eine beträchtliche Steigerung über das heutige Effizienzniveau, sondern auch über das von 1936 erwarten läßt. Auf amtlichen Erhebungen basierende Schätzungen beziffern die Arbeitsproduktivität für den Herbst 1949 auf etwa 75—80 vH des Standes von 1936. Diese Minderleistung gegenüber der Vorkriegszeit geht zu einem Teil auf das Konto des veränderten Altersaufbaus der erwerbstätigen Bevölkerung und des neuerdings erhöhten Einsatzes von Frauenarbeit. Diese Faktoren werden auch weiter wirksam bleiben, was bei der Abschätzung der künftig möglichen Produktivitätssteigerung berücksichtigt werden muß und in Anbetracht des Zwanges zur Förderung von Produktionszweigen mit hohem Arbeits- und auch Kapitaleinsatz (exportorientierte Veredelungsindustrien) von Bedeutung werden kann.

Das Interesse an einer möglichst raschen Eingliederung der strukturell Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß kann mithin mit dem Zwang zu größtmöglicher

¹⁾ Die Saisonarbeitslosigkeit bleibt natürlich bei diesen Überlegungen außer Betracht.

Intensivierung der industriellen Produktion — d. h. zur Erhöhung der Pro-Kopf-Leistung —, in Widerstreit geraten. Einer raschen Steigerung der Effizienz, wie es dem dringenden Interesse sowohl an einer Besserung der Versorgungslage der Bevölkerung als auch einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zur Erreichung der „Viability“ entspräche, sind aber auch durch die heutige Kapazität der Produktions- und Investitionsgüter-Industrien Grenzen gesetzt.

Das gleiche gilt mutatis mutandi für die Erweiterung gewisser Konsumgüterindustrien zur Deckung des aufgestauten Nachholbedarfs an dauerhaften Gebrauchsgüter sowie zur Ausstattung derjenigen, denen es noch heute am Lebensnotwendigsten mangelt. Auch hier würde es zu Überdimensionierungen kommen, wenn die Anlagen weit mehr als den späteren normalen Ersatz- und Erneuerungsbedarf zu decken vermögen. Der kurzfristigen Abdeckung dieses zusätzlichen außerordentlichen Bedarfs sind aber auch von der Einkommens- und Kaufkraftseite der Bevölkerung her relativ enge Grenzen gesetzt.

Außerdem werden zwangsläufig beide Zielsetzungen in Widerstreit geraten, da — abgesehen von dem Engpaß der Stahlgewinnung — die heutigen Kapazitäten der Produktionsmittelindustrien keinesfalls ausreichen, um den stark gesteigerten Bedarf sowohl der Produktionsmittel- und der Konsumgüterindustrien gleichzeitig zu decken.

Auch auf einen günstigen Umstand ist hinzuweisen: Eine Herabdrückung des künftigen Investitionsbedarfs ist insofern zu erwarten, als offensichtlich in Auswir-

kung des technischen Fortschritts der Investitionsaufwand je Leistungseinheit im Laufe der Jahre sinkende Tendenz zeigt. Während sich nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1936 die Kapitalausstattung pro Beschäftigten in der Industrie auf etwa 8000—9000 RM belief, was einem Gegenwartswert von mindestens 16 000 DM entspricht, wird man die Aufwendungen für einen gleichartigen neuen industriellen Arbeitsplatz auf 12 000—14 000 DM veranschlagen können. Im einzelnen differiert natürlich diese Quote von Industriezweig zu Industriezweig je nach seiner Kapitalintensität erheblich, so daß dem Durchschnittssatz nur der Charakter eines Annäherungswertes zukommt.

Das Ergebnis der vorstehenden Überlegungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß das Streben nach Hebung der industriellen Effizienz und die Notwendigkeit, gleichzeitig die Arbeitslosigkeit auf einen tragbaren Rest herunterzudrücken, in einem schweren Widerstreit stehen. Je stärker die vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten im Interesse der viability ausgenutzt werden, um so größer wird der erforderliche Aufwand sein, um alle verfügbaren Arbeitskräfte rationell in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Die schmale Kapitaldecke und die angedeuteten Kapazitätsengpässe werden diese Antinomie allerdings nicht in voller Schärfe hervortreten lassen. Jeder Versuch, sie aus eigener Kraft ohne ausländische Kapital- und Kredithilfe zu lösen, wird einen Ausgleich zwischen beiden anstreben müssen, der unter den gegebenen Verhältnissen und mit den verfügbaren Mitteln das erreichbare Optimum zu realisieren sucht.

Die Fleischversorgung der sowjetischen Besatzungszone

In der Sowjetzone und im Ostsektor Berlins sind die Fleischrationen ab 1. 12. 49 erhöht worden. Der Normalverbraucher erhält in der Zone auf die Grundkarte statt bisher monatlich 600 bzw. 750 g¹⁾ jetzt 900 g; im Ostsektor ist die Ration von 1200 auf 1500 g erhöht worden, gegenüber einer durchschnittlichen Fleischversorgung je Kopf der Bevölkerung von monatlich 4000 g in den letzten Jahren vor dem Kriege. Zu den Rationssätzen kommen noch die gleichfalls erhöhten Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter sowie für die Gemeinschaftsverpflegung der Betriebe und Verwaltungen benötigten Mengen. Da in der Sowjetzone bereits vor der Rationserhöhung die damaligen geringeren Fleischrationen nur mit Schwierigkeiten beliefert werden konnten und vielfach Fische, Eier und Weißkäse als Ersatz ausgegeben werden mußten, ist die Frage naheliegend, ob die mit der Rationserhöhung übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden können.

Eine genaue statistische Erfassung des Fleischanfalls ist schwierig, doch kann man aus den Viehbestandszahlen auf den Fleischanfall schlie-

ßen. Nach langjährigen Erfahrungssätzen liefert in Deutschland jedes bei der Dezemberzählung ausgewiesene Stück Rindvieh einen Fleischertrag an Rind- und Kalbfleisch von etwa 50 bis 60 kg und jedes Schwein im Durchschnitt aller Altersklassen etwa 90 kg (80—100 kg) Schweinefleisch. Dieser Bruttoertrag hängt von der Zusammensetzung des Bestandes und vom Ausmästungsgrad der Tiere ab. Selbstverständlich ist beim Wiederaufbau eines Viehbestandes, wie er zur Zeit sowohl in Westdeutschland, als auch in der Sowjetzone erfolgt, der Nachwuchs gegenüber den schlachtreifen Altersstufen besonders zahlreich vertreten und dementsprechend der Fleischanfall, auf den Gesamtviehbestand bezogen, geringer. Deshalb rechnet in Westdeutschland die revidierte Fleischbilanz nach den Ergebnissen der Viehzählung 1949 mit einem Fleischanfall von nur 45 kg bei Rindern, jedoch mit dem Normal-satz von 90 kg bei Schweinen, weil hier eine weitere Bestandserhöhung unerwünscht ist.

Da in der Sowjetzone die Viehbestände noch stärker unter dem Vorkriegsstand liegen und außerdem die Versorgung mit Kraftfutter hier schlechter ist als im Westen, sind die Bruttopro-

¹⁾ Je nach der Größenklasse der Städte.

duktionssätze für die Berechnung des Fleischaufkommens in der Sowjetzone stärker herabgesetzt worden, und zwar wurde mit einem Fleischaufkommen von 40 kg bei Rindern und 80 kg bei Schweinen gerechnet. Hiernach verfügte 1949/50 die Sowjetzone über eine Produktion von

128 000 t Rind- und Kalbfleisch

336 000 t Schweinefleisch

zusammen 464 000 t Fleisch.

Dem steht ein Rationsbedarf an Fleisch in Höhe von 313 000 t gegenüber, so daß ein Überschuß von 151 000 t vorhanden wäre; dieser Überschuß steht jedoch nicht voll für den Verbrauch zur Verfügung, sondern er wird zum Teil

Fleischversorgung der Sowjetzone ¹⁾

	1938/39	1947	1949
Viehbestand ²⁾ (in Mill. Stück)			
Rinder insgesamt	3,7	2,7	3,2
Schweine "	6,2	2,0	4,2
Fleischaufkommen, gesamt (in 1000 t)	.	268	464
Rind- und Kalbfleisch	.	108	128
Schweinefleisch	.	160	336
Fleischbedarf, gesamt (in 1000 t)	.	200	313
Kartenansprüche d. Zone	.	141	211
" " d. Ostsektors Berlins	.	21	27
Selbstversorger	.	38	75 ³⁾
Bruttoüberschuß	.	68	151
¹⁾ Einschließlich Ostsektor Berlins			
²⁾ Dezemberzählung			
³⁾ Mit 200 % von 1947 angenommen			

für den weiteren Aufbau des Viehbestandes benötigt. Wie groß die hierfür herangezogenen Mengen sind, kann nicht eindeutig festgelegt werden; sie sind geringer, wenn die Vermehrung des Viehbestandes durch verstärkte Nachzucht geschieht, größer, wenn sie durch Verringerung der Abschlachtungen und Überalterung des Bestandes erfolgt. Dementsprechend sind sie im allgemeinen bei dem langlebigen Rindvieh größer als bei den Schweinen mit ihrer kurzen Umtriebszeit. Aus den statistischen Unterlagen früherer Jahre ergibt sich, daß eine Bestandsvermehrung um eine Viertelmillion Rinder und eine Million Schweine je etwa 40 000 t Schlachtgewicht der Produktion beansprucht. Von 1947 bis 1949 sind die Viehbestände in der Sowjetzone um 500 000

Rinder und 2,2 Mill. Schweine gestiegen, womit übrigens der Friedensbestand bei weitem noch nicht erreicht worden ist. Unter der Annahme, daß die Bestandsvermehrung 1949/50 im gleichen Ausmaß weitergeht, würden von dem errechneten Erzeugungsüberschuß von 151 000 t rd. 85 000 t in dem gestiegenen Viehstapel festgelegt werden, so daß ein echter Überschuß von 66 000 t Fleisch verbliebe.

Nun wird im Gegensatz zu den Westzonen in der sowjetischen Zone die Besatzungsmacht aus der Erzeugung der Zone mitversorgt. Die Höhe der hierfür benötigten Mengen ist nicht bekannt. Bei einem Verbrauch von 100 kg pro Kopf und Jahr — das ist das Doppelte des deutschen Vorkriegsverbrauchs und das Neunfache der heutigen erhöhten Ration der Grundkarte —, würden für angenommene 500 000 Mann 50 000 t benötigt werden. Es verbliebe dann über den gegenwärtigen Rationsbedarf hinaus immer noch ein Überschuß von 16 000 t; hierzu kommen noch einige 1000 t Schafffleisch und Fleisch von Kleintieren.

Aus der obigen Berechnung ergibt sich, daß die Sowjetzone infolge der recht beachtlichen Vermehrung des Viehbestandes in der Lage ist, die erhöhten Rationen der Bevölkerung zu liefern und eine überreichliche Versorgung der Besatzungsmacht zu gewährleisten. Daneben bleiben genügende Reserven, um den weiteren Aufbau des Viehstapels in dem bisherigen Tempo vorzunehmen.

Bei dem zu erwartenden Fleischanfall der Sowjetzone wird es nicht notwendig sein, die Rationen mit Austauschstoffen wie Fisch oder Weißkäse zu beliefern, wie das in früheren Jahren bei einer geringeren Erzeugung trotz der damals niedrigeren Rationen häufig der Fall war. Die Fleischbilanz der Sowjetzone für 1947 schloß mit einem Bruttoüberschuß von 69 000 t ab. Dieser dürfte nicht ausgereicht haben, die hohen, nicht näher bekannten Ansprüche der Roten Armee sowie die Wiederaufbaurate zu decken, so daß damals die Fehlmengen von Fleisch durch Austauschstoffe ersetzt werden mußten. Heute ist jedoch der Viehbestand bereits so stark gestiegen, daß die Rationen voll mit Fleisch beliefert werden können, es sei denn, daß Reparationen aus der Fleischproduktion entnommen werden.